



Angela Merkel:

Tag der Deutschen Einheit – ein glücklicher Tag für alle Menschen in Deutschland

Der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober ist ein glücklicher Tag für alle Menschen in ganz Deutschland.

Die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes bedeutete den Sieg der Freiheit über eine Diktatur, den Gewinn individueller

Freiheit nach 40 Jahren der Unfreiheit und Willkür sowie die Durchsetzung einer marktwirtschaftlichen und zugleich sozialen Ordnung in ganz Deutschland. Und nicht zuletzt bedeutete die Deutsche Einheit den Sieg der Freiheit in ganz Europa.

Seit dem 3. Oktober 1990 hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen in Ostdeutschland entscheidend verbessert – und das trotz widriger Umstände durch zu viel Bürokratie, einen zu unflexiblen Arbeitsmarkt oder ein zu



Aktuelle Berichterstattung zu den Gesprächen zur Regierungsbildung auf www.cdu.de

► kompliziertes Steuersystem. Dies zeigt, welche Fortschritte erst möglich werden, wenn die Politik diese Rahmenbedingungen verbessert. Auf die bislang erreichten Erfolge können die Menschen in den neuen Ländern aber zu Recht stolz sein. Stolz dürfen aber auch alle Deutschen sein, die in einem beispiellosen Akt der nationalen Solidarität die erheblichen Lasten des Aufbaus Ost geschultert haben. Die Teilung kann in der Tat nur durch Teilen überwunden werden. Hier ist in den vergangenen 15 Jahren eine Leistung erbracht worden, die dauerhaft zu den positiven Kapiteln in der Geschichte der Deutschen gezählt werden kann.

Historisches Erbe

Unser historisches Erbe als Partei der deutschen Einheit ist uns zugleich verpflichtender Auftrag für die Zukunft. Die CDU tritt in der jetzt beginnenden Legislaturperiode an, um in ganz Deutschland, aber nicht zuletzt auch in den neuen Ländern, die Wende zum Besseren zu ermöglichen. Denn wir müssen den Realitäten in die Augen sehen, seien sie auch nicht so angenehm: Die Schere der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen West und Ost ist in den zurückliegenden Jahren zu Lasten der neuen Länder wieder weiter aufgegangen. Die Abwanderung junger, gut ausgebildeter und leistungsbereiter Menschen von Ost nach West hat deutlich zugenommen.

Wichtige Verkehrsprojekte sind verzögert oder gar nicht erst in Angriff genommen worden. Dieser Entwicklung dürfen und können wir nicht weiter zusehen.

Stabile Regierung

Deutschland braucht jetzt schnell eine handlungsfähige und stabile Regierung – eine Regierung der Erneuerung, die die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nimmt und die die Rahmenbedingungen so setzt, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder ihre Chancen nutzen können. Jetzt gilt es, den Blick nach vorne zu richten, damit unser Land wieder vorankommt und die Menschen wieder mehr Vertrauen in die Fähigkeit der Politik bekommen, Probleme zu lösen.

HEUTE AKTUELL

■ Klarer Sieg in Dresden (Seite 3) ■ Nordrhein-Westfalen: Dem Land geht es heute besser! Pressekonferenz von Jürgen Rüttgers und Andreas Pinkwart (Seite 4–5) ■ Neuer Kultusminister in Baden-Württemberg (Seite 5) ■ Neuer Landesgeschäftsführer in Schleswig-Holstein (Seite 5) ■ Josef Schlarmann neuer MIT-Bundvorsitzender (Seite 6) ■

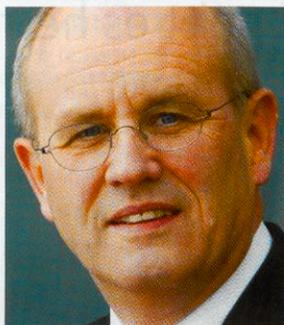
Helmut Kohl mit „Quadriga“ geehrt (Seite 6) ■ Hartmut Koschyk: EU-Mitgliedschaft der Türkei bringt keinen Sicherheitsgewinn (Seite 7) ■ Hartmut Koschyk/Thomas Strobl: Tag der Deutschen Einheit ist Tag großer Freude (Seite 7–8) ■ Peter Hintze: Österreichs Verdienst (Seite 8) ■ Friedbert Pflüger/Klaus-Peter Willsch: Kroatien: Gewinn für EU (Seite

8–9) ■ Steffen Kampeter: Vorfahrt für Haushaltssanierung (Seite 9–10) ■ Christian Ruck: Entwicklungspolitik muss „Gute Regierungsführung“ fördern (Seite 10–11) ■ Peter Götz als Vorsitzender der AG Kommunalpolitik bestätigt (Seite 10) ■ Peter Götz: Fehlerhafte Revision verhindern (Seite 11) ■ Infokasten: Wahltermine 2006 (Seite 11)

Klarer Sieg in Dresden

Die Union geht dank der Nachwahl in Dresden gestärkt in die kommenden Gespräche zur Regierungsbildung. Im Dresdner Wahlkreis 160 gewann CDU-Direktkandidat Andreas Lämmel mit deutlichem Vorsprung vor der SPD und sicherte der Union damit ein weiteres Überhangmandat in Sachsen. Damit wächst der Vorsprung der Union im Bundestag gegenüber der SPD von drei auf vier Mandate.

CDU/CSU stellen nun 226 Abgeordnete, die SPD weiterhin 222. Die FDP kommt auf 61, die Linkspartei auf 54 und die Grünen auf 51 Abgeordnete.



Volker Kauder, Generalsekretär: „Durch das Dresdner Wahlergebnis hat die Union ihre Position als stärkste politische Kraft in Deutschland weiter ausgebaut. Die CDU setzt darauf, dass die Vernünftigen in der SPD jetzt ihrer Verantwortung gerecht werden und bei einer zügigen Regierungsbildung unter Führung von Angela Merkel mitwirken.“

Nach dem vorläufigen Endergebnis setzte sich in Dresden CDU-Direktkandidat Andreas Lämmel deutlich gegen Marlies Volkmer (SPD) und Katja Kipping (Linkspartei.PDS) durch. Lämmel erhielt 37,0 Prozent der Stimmen, Volkmer 32,1 Prozent und Kipping 19,2 Prozent.

Bei den Zweitstimmen lag die SPD mit 27,9 Prozent vorn. Die CDU erreichte 24,4 Prozent, die Linkspartei 19,7 Prozent. Die FDP kam auf 16,6 Prozent, die Grünen auf 7,1 Prozent. Die Wahlbetei-

ligung lag mit rund 72 Prozent etwas niedriger als bei der Bundestagswahl vor drei Jahren (75,9).

Rund 219 000 Wähler hatten im Wahlkreis 160 über die endgültige Zusammensetzung des Bundestags abgestimmt. Die Nachwahl war notwendig geworden, weil kurz vor dem regulären Termin die NPD-Direktkandidatin gestorben war.



Lars Rohwer, Kreisvorsitzender CDU Dresden: „Das Wahlergebnis in Dresden war ein Gemeinschaftswerk von Bundes-, Landes- und Dresdner CDU. Viele Helfer aus Kreisverbänden in Sachsen und Deutschland haben uns aktiv unterstützt. Dafür an dieser Stelle ein „Danke Schön!“ Die Unterstützung vor Ort hat nicht nur unsere Dresdner Ortsverbände im „Nachwahlkampf“ motiviert, sondern auch anderen gezeigt, dass die CDU zu außergewöhnlichen Kampagnen fähig ist!“



Andreas Lämmel, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Sächsischen Landtag, setzte sich als Direktkandidat in Dresden erfolgreich durch und wechselt nun als Abgeordneter in den Bundestag.

Nordrhein-Westfalen

Dem Land geht es heute besser!

Diese Zwischenbilanz der ersten 100 Tage der schwarz-gelben Regierungskoalition zogen Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und Vize-Regierungschef Andreas Pinkwart auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf.

Neben der Stimmung im Lande, die sich Umfragen des WDR zufolge deutlich verbessert habe, belegten auch aktuelle Wirtschaftsdaten den Aufwärtstrend, führte Jürgen Rüttgers aus. „Unternehmer und Gewerbetreibende haben in Aussicht auf den Regierungswechsel in Düsseldorf wieder verstärkt im Land investiert“, erklärte der Ministerpräsident das in NRW im ersten Halbjahr mit real 0,8 Prozent stärker als im Bundesdurchschnitt gewachsene Wirtschaftswachstum.

Die „Koalition der Erneuerung“ habe zügig und reibungslos mit der Arbeit begonnen, so Rüttgers. Seine Regierung setze nun um, was man vor der Wahl angekündigt habe. Auf dem Schulsektor seien zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls als erste Maßnahme 1.000 neue Lehrer eingestellt und ad hoc 20 Mio. Euro



Jürgen Rüttgers und Andreas Pinkwart auf der Pressekonferenz

für weiteren Vertretungsunterricht bereitgestellt worden; die Zeugnisse in Klasse 3 seien wieder eingeführt; die Fächer Biologie, Chemie und Physik blieben auf dem Unterrichtsplan; noch in diesem Schuljahr würden für die Verbesserung der Ganztagsbetreuung in Grund- und Hauptschulen 24 Mio. Euro aufgewendet.

Rüttgers zog mit dem Nachtragshaushalt 2005 ebenfalls eine ehrliche Schlussbilanz rot-grüner Schuldenpolitik: „Im Haushaltsplan müssen wieder Wahrheit und Klarheit herrschen“, fasste Rüttgers die Bemühungen seiner Regierung zur Sanierung der Landesfinanzen zusammen.

„Soziale Balance“

Als Markenzeichen seiner Regierung bezeichnete der Ministerpräsident die „soziale Balance“ der eingeleiteten Maßnahmen und nannte Beispiele: So werde es in der Bildungspolitik zwar zukünftig den Universitäten ermöglicht, Studiengebühren zu erheben, doch Rüttgers stellte klar: „Keiner wird wegen seiner Herkunft oder seinem Elternhaus vom Studium ausgegrenzt werden.“

Beim Thema Kohleausstieg unterstrich Rüttgers, dass die vorzeitige Schließung der Zeche Walsum sozialverträglich erfolge, in-

dem Anpassungsgelder an die Betroffenen gezahlt werden. In der Finanzpolitik sei zwar ein strikter Sparkurs vonnöten, trotzdem wolle man in die Zukunft investieren, so etwa durch Schaffung von 4.000 neuen Lehrstellen. Auch in der Sozialpolitik werde es zwar bei

BADEN- WÜRTTEMBERG

Helmut Rau neuer Kultusminister

Helmut Rau ist neuer Kultusminister von Baden-Württemberg. Der bisherige Staatssekretär im Kultusministerium wurde im Landtag mit den Stimmen der CDU/FDP-Koalition gewählt. Rau folgt Annette Schavan. Die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende wechselt nach zehn Jahren im Ministeramt als Abgeordnete in den Bundestag.



Helmut Rau

allen Leistungsgesetzen und Förderprogrammen Kürzungen von bis zu 20 Prozent geben müssen – hiervon würden behinderte Leistungsempfänger jedoch ausgenommen bleiben.

Für die Arbeit seiner Regierung in den nächsten Monaten bis zum Jahresende kündigte Rüttgers die Setzung einer Reihe von Schwerpunkten an: Sanierung der Staatsfinanzen, Hilfe für Existenzgründer und moderne Energiepolitik.

Der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Hans-Joachim Reck, betonte ebenfalls, dass die CDU NRW mit ihrem Landesvorsitzenden Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sich an ihre Versprechen aus dem Wahlkampf halte. „Die-

se politische Kultur der Verlässlichkeit ist der Nährboden für Optimismus, Zuversicht und Aufbruchstimmung im Land“, betonte Hans-Joachim Reck. Die vorgelegte 100-Tage-Bilanz zeige es: NRW ist ein Land der neuen Chancen.

Gegen Kritik seitens der SPD an der Anfangsbilanz der Regierung von Ministerpräsident Rüttgers verwahrte sich der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Stahl. „Die neue Landesregierung von CDU und FDP hat Tempo gemacht und einen glänzenden Start hingelegt“, so Stahl. Und: „Die CDU hat in der Opposition ihre Hausaufgaben gemacht und kann jetzt mit großem Tempo die notwendigen Veränderungen durchsetzen.“

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Daniel Günther ist neuer Landesgeschäftsführer der CDU Schleswig-Holstein.

Der Politik- und Volkswissenschaftler und ehemalige Geschäftsführer der CDU-Kreisverbände Rendsburg-Eckernförde und Neumünster übernimmt ab Oktober diese Aufgabe von seinem Vorgänger Peter Bendixen.



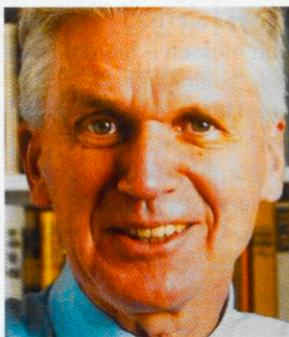
Daniel Günther

Schlarman neuer Bundesvorsitzender

Die 7. Bundesdelegiertenversammlung der MIT hat in Dresden die Weichen für die kommenden zwei Jahre neu gestellt.

Die 550 Delegierten wählten mit einer überwältigenden Mehrheit von rund 87 Prozent den bisherigen stellvertretenden MIT-Bundesvorsitzenden und Vorsitzenden der Niedersachsen MIT, Josef Schlarman, an die Spitze der Organisation.

Josef Schlarman ist selbstständiger Unternehmer. Der gebürtige Niedersachsen ist Wirtschaftsprüfer, Steuerberater sowie Rechtsanwalt und Gründungspartner einer renommierten Kanzlei. Gemeinsam mit seinen Partnern berät Schlar-



Josef Schlarman

man insbesondere mittelständische Unternehmen.

Zudem arbeitet Schlarman seit 2001 im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen mit. Im niedersächsischen Landtagswahlkampf wurde Schlarman 2003 vom jetzigen Ministerpräsidenten Christian Wulff in dessen

Kompetenzteam für die Bereiche „Wirtschaft und Arbeit“ berufen.

In seiner politischen Arbeit setzt Schlarman auf die Grundzüge der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard. Dabei macht er sich stark für mehr Wettbewerb und mehr Markt. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie ein flexibles Arbeits- und Tarifrecht spielen für ihn eine hervorgehobene Rolle.

Als stellvertretende Bundesvorsitzende bestätigt wurden Barbara Ahrons, MdHB, Christian Ehler, MdEP, Hans Michelbach, MdB, Jürgen Presser und PKM-Chef Hartmut Schaurerte, MdB. Neuer Vize wurde Klaus-Peter Meinerz.

HELMUT KOHL MIT „QUADRIGA“ GEEHRT

Als „herausragender Europäer der Nachkriegsgeschichte“ ist Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem „Quadriga“-Preis für seine Verdienste um die Deutsche Einheit ausgezeichnet worden. Laudator Michail Gorbatschow lobte das beherzte Eintreten des damaligen Bundeskanzlers für seine Vision von einem geeinten Europa und würdigte die politische und persönliche Verantwortung, die Kohl für die Einheit Deutschlands übernommen habe. Mit „seinem Glauben an die Menschlichkeit“ habe er entscheidend zu einem friedlichen Europa beigetragen, so der frühere sowjetische Präsident und Friedensnobelpreisträger.

Die „Quadriga“ wird vom Verein Werkstatt

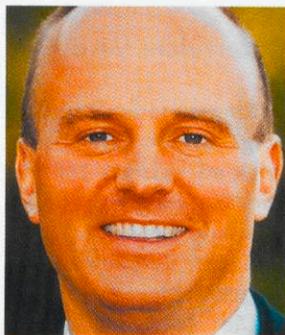


Deutschland alljährlich am 3. Oktober in Berlin Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens verliehen, die durch ihr Engagement ein Zeichen für Aufbruch, Erneuerung und Pioniergeist setzen.

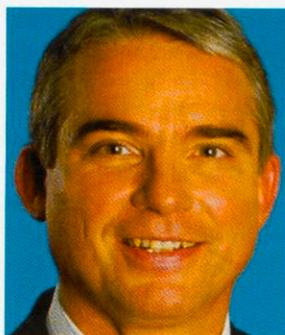
EU-Mitgliedschaft der Türkei bringt keinen Sicherheitsgewinn

Die Befürworter einer EU-Vollmitgliedschaft der Türkei führen seit jeher die Behauptung im Munde, mit dem Beitritt der Türkei werde ein großer Gewinn für mehr Sicherheit und Stabilität in Europa erreicht.

So äußerte jüngst auch Bundeskanzler Gerhard Schröder, der EU-Beitritt der Türkei bedeute „einen enormen Zuwachs an Stabilität und Sicherheit für Europa“. Die Mitgliedschaft des muslimisch geprägten Landes hätte eine Vorbildwirkung für die islamische Welt und würde somit Radikalisierung und dem internationalen Terrorismus entgegenwirken. Kanzler Schröder und sein Außenminister Fischer wurden und werden nicht müde, diese Behauptung zu wiederholen. Dabei ist sie schlichtweg falsch! Nicht ein islamistischer Terrorist würde sich durch einen EU-Beitritt der Türkei von seinem blinden Hass abbringen lassen. Schon die Selbstmordattentäter der Londoner Anschläge geben ein Beispiel dafür, wie kurzsichtig diese Argumente sind. Sie



Hartmut Koschyk



Thomas Strobl

verkennen total die Erfahrungen mit dem islamistischen Terror und dessen Strukturen. Der Gewinn im Kampf gegen den Terror wäre gleich null. Hingegen würde ein EU-Beitritt der Türkei die Außengrenzen der EU an einen der größten Krisenherde der Welt mit einem erheblichen Migrationsdruck in die EU ausdehnen. Die Folgen für die innere Sicherheit der EU und damit auch Deutschlands wären entsprechend. Für eine enge Einbindung der Türkei in ein umfassendes Sicherheitskonzept, insbesondere bei der Bekämpfung des islamistischen Terrors, bietet eine privilegierte Partnerschaft die besten Voraussetzungen ohne die Sicherheitsinteressen Europas zu gefährden.

Hartmut Koschyk ist der Innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Tag der Deutschen Einheit ist Tag großer Freude

Am 3. Oktober feiern wir zum fünfzehnten Mal die Deutsche Einheit. Es ist ein Tag, der Anlass zu großer Freude gibt.

Denn am 3. Oktober 1990 wurde für uns Deutsche der Traum von Freiheit und Einheit wahr – ein Traum, der weder 1848 noch 1871 in Erfüllung ging und der 1918/19 nur für eine kurze Zeit Wirklichkeit wurde, um dann in der Katastrophe der nationalsozialistischen Machtergreifung zu enden.

Nach 1949 lebte nur ein Teil der Deutschen in Freiheit. Doch seit dem 3. Oktober 1990 sind alle Deutschen erneut in staatlicher Einheit und Freiheit vereint und leben darüber hinaus zum ersten Mal auch in einer europäischen Staatenord-

nung, die ein bislang unbekanntes Maß an Sicherheit vor äußerer Bedrohung und Krieg gewährt.

Am 3. Oktober gedenken wir aber auch der zahlreichen Menschen, die die Flucht vor dem SED-Regime antraten und an der innerdeutschen Grenze ihr Leben lassen mussten. Die Gesamtzahl der Opfer konnte bis heute nicht abschließend geklärt werden. Das SED-Regime mühte sich nach Kräften, die Zahl der Toten zu verschleiern.

Die Erinnerung an die Opfer des SED-Regimes ist um so wichtiger, als in Folge der Wahl 2005 eine Partei in beachtlicher Stärke in unser Parlament einziehen wird, die sich zwar „Linkspartei“ nennt, die aber im Kern doch die alte SED bleibt, ergänzt um ein paar westdeutsche Linke. Bis heute hat sich diese Partei niemals ernsthaft von den Verbrechen distanziert, die bei dem sozialistischen Versuch, ein „Paradies“ auf Erden zu errichten, begangen wurden.

Hartmut Koschyk ist der Innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Thomas Strobl** ist der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuss.

Österreichs Verdienst

Im Ringen um den Verhandlungsrahmen hat Österreich als einziges EU-Mitgliedsland die Fragen und Wünsche der breiten Mehrheit der Bürger Europas eingebracht.

Die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union für ein so großes Land wie die Türkei mit einer so schnell wachsenden Bevölkerung und mit beachtlichen politischen und wirtschaftlichen Problemen ist mehr als fraglich. Deshalb ist es ein Gewinn für ganz Europa, dass Österreich geschafft hat, die Aufnahmefähigkeit der EU zum Entscheidungskriterium am Ende des Verhandlungsweges zu machen. Österreich hat sich um die EU verdient gemacht.

Dass der türkische Premierminister Erdogan die Europäische Union noch am Vorabend der Verhandlungsaufnahme als „Christenclub“ titulierte, wirft einen tiefen Schatten auf die vor uns liegenden Verhandlungen. Schließlich hat das christliche Verständnis vom Menschen Europa mehr geprägt als alles andere. Das europäische Menschenbild und die ihm zu Grunde liegenden Werte müssen gegen jede Infragestellung in



Peter Hintze

Schutz genommen werden. Ich wünsche mir sehr, dass die Türkei ihren inneren Reformprozess fortsetzt und ihn als Chance für das eigene Land und nicht nur als Mittel zum EU-Beitrittszweck erkennt. Am Ende des Verhandlungsweges müssen die Mitgliedstaaten der EU die Freiheit haben darüber zu entscheiden, ob die Aufnahme der Türkei und damit das Überschreiten der geographischen Grenzen Europas die Europäische Union überfordert oder nicht.

Peter Hintze ist der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Kroatien: Gewinn für EU

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratuliert dem Volk Kroatiens zum Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen.



Friedbert Pflüger



Klaus-Peter Willsch

Dies ist ein besonderer Erfolg von Ministerpräsident Ivo Sanader und seiner Regierung, die es in nicht einmal zwei Jahren seit ihrem Amtsantritt geschafft haben, alle erforderlichen Voraussetzungen für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen nicht nur auf dem Papier, sondern vor allem auch de facto zu erfüllen. Dazu gehört insbesondere auch, dass es erst die Regierung Sanader war, die uneingeschränkt mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal kooperiert hat. Das alles sind gute Voraussetzungen, um die bereits überfälligen Beitrittsverhandlungen bald erfolgreich abschließen zu können. Denn ein EU-Mitglied Kroatien wird für die Europäische Union wie auch für den Stabilisierungsprozess auf dem westlichen Balkan ein Gewinn sein.

Der Beginn der Beitrittsverhandlungen ist auch ein

Erfolg der österreichischen Diplomatie, insbesondere von Bundeskanzler Schüssel und Außenministerin Plassnik. Sie haben maßgeblich dafür gesorgt, dass der Widerstand einzelner EU-Länder gegen das mitteleuropäische Land Kroatien überwunden und die Leistungen der kroatischen Regierung schließlich honoriert wurden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird Kroatien – wie bisher auch – auf seinem Weg in die EU tatkräftig unterstützen.

Friedbert Pflüger ist Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Klaus-Peter Willsch** ist der Kroatien-Beauftragte des Deutschen Bundestages

Vorfahrt für Haushaltssanierung

Der Streit um die Ablehnung der EU-Kommission,

die Erlöse aus dem Postpensionsgeschäft bei der Berechnung des deutschen Staatsdefizits als defizitmindernd zu berücksichtigen, geht am Kern des Problems vollständig vorbei.

Nicht die Statistik ist das Problem, sondern die überbordenden Haushaltsdefizite. Deutschland verstößt 2005 zum vierten Mal in Folge gegen die Verschuldungsregeln des Stabilitätspaktes. Der Bund ist Hauptverursacher der inzwischen dauerhaften Verletzung des Defizitkriteriums. Die Haushaltssanierung muss deshalb ganz oben auf der Agenda der nächsten Legislaturperiode stehen. Wir brauchen einen föderalen Konsolidierungspakt. Für jede Regierung muss gelten, nicht gegen die Statistik zu kämpfen, sondern gegen die Haushaltsdefizite.

Die drohende Verschärfung des Defizitverfahrens gegen Deutschland unterstreicht den dringenden Handlungsbedarf, den eine neue Regierung bei der Sanierung des Bundeshaushalts hat. Die möglichen Strafzahlungen in Milliardenhöhe würden den Konsolidierungsbedarf deutlich erhöhen.

Die Unionsfraktion hat immer davor gewarnt, durch Forderungsverkäufe das De-



Steffen Kampeter

fizit zu manipulieren. Der nun eingetretene Schaden wirkt sich in zweierlei Hinsicht aus: Erstens wird der Bundeshaushalt zusätzlich belastet, denn im Vergleich zur herkömmlichen Kreditfinanzierung sind Forderungsverkäufe höchst unwirtschaftlich. Zweitens wird das Vertrauen in die haushalts- und finanzpolitische Solidität Deutschlands weiter erschüttert und die Zweifel an Deutschland, im

Geiste des Stabilitätspaktes zu handeln, wachsen.

Steffen Kampeter ist der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss

Entwicklungspolitik muss „Gute Regierungsführung“ fördern

Entwicklungshilfe kann nur dort maximale Wirkungen erzielen, wo die Partner eigenverantwortlich den Aufbau demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen konsequent vorantreiben.

Der aktuelle Bertelsmann Transformationsindex ist daher ein wichtiges Instrument zur Steigerung der Effizienz und Zielgenauigkeit unserer Hilfe im künftigen Regierungshandeln.

Mit den „Fünf Kriterien“ für „Gute Regierungsführung“ hat die unionsgeführte frühere Bundesregierung die Modernisierung der Entwicklungspolitik eingeleitet. „Good Governance“ ist zwar Teil der politischen Rhetorik des BMZ, findet aber weder in der Praxis der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit noch in der Entwicklungspolitik einen entsprechenden Niederschlag. Die Hauptempfänger deutscher bilateraler Entwicklungsgelder liegen beim Management-Index der Bertelsmann-Stiftung im unteren Mittelfeld. Auch Weltbankstudien geben Deutschland im Hinblick auf die Berücksichtigung von Politik und „Good Governance“ nur mittlere oder unterdurchschnittliche Bewertungen.

PETER GÖTZ ALS VORSITZENDER BESTÄTIGT

Die Mitglieder der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben in einstimmiger Wahl den Bundesvorsitzenden der KPV, Peter Götz MdB, als Vorsitzenden bestätigt. Erfolgreich führt er die Arbeitsgemeinschaft seit nunmehr 7 Jahren.

Peter Götz: „Die AG

Kommunalpolitik steht auch in der kommenden Legislaturperiode vor schwierigen Aufgaben. Die Städte, Gemeinden und Landkreise befinden sich in einer anhaltend schweren Haushalts- und Finanzkrise. Die-



Peter Götz

se ist nicht nur konjunkturell, sondern in erster Linie strukturell bedingt. Sie ist auch das Ergebnis des in den letzten Jahren stattgefundenen dramatischen Umverteilungsprozesses zu Lasten der Kommunen.“



Christian Ruck

Es bleibt also noch einiges zu tun, um die Praxis an die Theorie heranzuführen. Die Union will dies mit Elan angehen.

Christian Ruck ist der entwicklungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion.



Peter Götz

Die rot-grüne Bundesregierung verschließt mit ihrem Kabinettsbeschluss die Augen vor der Realität und folgt einem Trick von Minister Clement.

Dieser errechnet den Kommunen fiktive Entlastungen als Folge der bundespolitisch gewollten großzügigeren Ausgestaltung des SGB II, beispielsweise bei Einkommens-, Vermögens- und Zuverdienstgrenzen. Tatsächlich haben und hätten die Kommunen diese Kosten in der Sozialhilfe nicht zu tragen gehabt und sind infolgedessen auch nicht um diese entlastet.

Um die ursprünglichen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren, müssen auch die

Daten der Kommunalenerhebung berücksichtigt werden. Schließlich war die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe - neben der Gewerbesteuerreform - das zweite Element einer signifikanten Entlastung der Kommunen auf der Ausgabenseite.

Diese Entlastung war aufgrund der ab 2001 eingetretenen Aufgabenmehrbelastung bei den Kommunen dringend notwendig geworden.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

WAHLTERMINE 2006

26. März

- Landtagswahlen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt
- Kommunalwahlen Hessen

Herbst

- Landtagswahlen Mecklenburg-Vorpommern
- Kommunalwahlen Niedersachsen
- Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen Berlin

Fehlerhafte Revision verhindern

Erklärung zu der von der Bundesregierung unterstellten kommunalen Entlastung und zu dem Vorhaben, den Anteil des Bundes an den Unterbringungskosten der Arbeitslosengeld II-Empfänger rückwirkend gegen Null abzusenken:

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Armband

„Besser für die Menschen. CDU“

Das modische Armband aus Silikon zum Überstreifen.

Bestell-Nr.: **9272**

Preis je 50 Stück: **18,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 20,88 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 0 52 41-8 04 18 92
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de